# **Berliner Zeitung**

# Spätfolgen: Studie: Opfer der SED-Diktatur leiden noch heute

Krankheit und vermindertes Einkommen: Menschen, die in der DDR politisches Unrecht erfahren haben, spüren die Folgen noch immer.

25.11.2020 - 06:18, dpa/kmi



Foto: dpa/Paul Znken

Der sogenannten Löwenkäfig in der heutigen Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Dort verbrachten zu DDR-Zeiten Gefangene ihren Freigang.

#### Berlin

Menschen, die in der DDR politisches Unrecht erfahren haben, leiden laut einer Studie in Brandenburg bis heute unter den Folgen. 57 Prozent der insgesamt 533 Befragten gaben einen schlechten Gesundheitszustand an. Vor allem wurden körperliche und psychische Auswirkungen genannt, wie die Sozialstudie ergab, die die Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Maria Nooke, am Dienstag Landtagschefin Ulrike Liedtke übergab.

Doch auch materiell seien die damaligen Strapazen – darunter Haft und/oder Überwachung – weiterhin spürbar, heißt es in der Studie weiter. So wirke sich das erlebte Unrecht häufig auf die berufliche Laufbahn aus. Verweigerte Bildungschancen oder unterbrochene Erwerbsverläufe führten den Angaben zufolge bis heute zu vermindertem Einkommen. 27 Prozent der Befragten gaben ein Nettoeinkommen von unter 1000 Euro monatlich an – damit liegt es unter der derzeit geltenden Armutsrisikogrenze von 1135 Euro.

"Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, wie stark politische Unrechtserfahrungen aus der Zeit vor 1990 bis heute nachwirken", sagte Nooke. "Wir werden betroffene Menschen auch weiterhin aktiv unterstützen und beraten und mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zusammenarbeiten."

#### Therapien, Beratungen und finanzielle Unterstützung

Laut der Studie werden Unterstützungsleistungen wegen einer häufig schlechten finanziellen Lage als zu gering angesehen. Eine lange Dauer der Rehabilitierungs- und Entschädigungsverfahren beeinträchtige die Gesundheit der Betroffenen zusätzlich. Das halte nicht wenige davon ab, gesundheitliche Versorgungsleistungen zu beantragen.

Die Studie mache deutlich, dass auch 30 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur politisches Unrecht vielfältig nachwirke, sagte die brandenburgische Bundestagsabgeordnete und FDP-Landesvorsitzende Linda Teuteberg. Traumata würden oft von Generation zu Generation weitervererbt. "Die DDR mag seit 30 Jahren Geschichte sein, doch manches Leid dauert fort", betonte Clemens Rostock, der in der Grünen-Fraktion im Landtag für das Thema Aufarbeitung zuständig ist. Nötig sei Solidarität in Form von unbürokratischer Hilfen durch Therapien, Beratungen sowie finanzielle Unterstützung.

## **Tagesspiegel**

# Studie in Potsdam vorgestellt Viele SED-Opfer in Brandenburg leben heute in prekären Verhältnissen

24.11.2020, 17:03 Uhr *Thorsten Metzner* 

Viele im Land Brandenburg, die zu DDR-Zeiten politisch verfolgt wurden, leiden immer noch an Spätfolgen. Das zeigt eine Studie über die Lebenslagen von Betroffenen.

Im Land Brandenburg leben Menschen, die vor 1989 im SED-Regime von der Stasi bespitzelt und verfolgt wurden, die im Gefängnis saßen, mit ihren Familien viele Nachteile erlitten, <u>über drei Jahrzehnte danach</u> jetzt oft in prekären Verhältnissen. Viele leiden an gesundheitlichen Langzeitfolgen, stehen aber der demokratischen Gesellschaft positiver gegenüber als im Schnitt die Bevölkerung sonst.

Diese Befunde gehen aus einer Sozialstudie über die Lebenslagen von Opfern des SED-Regimes in Brandenburg hervor, die am Dienstag in Potsdam vorgestellt wurde. Das 326-Seiten-Werk ist vom Berliner Institut für Sozialforschung (BIS) im Auftrag von Brandenburgs Diktaturbeauftragter Maria Nooke erstellt und an den Landtag übergeben worden.

Es ist in Brandenburg die erste Studie dieser Art. Eine Besonderheit besteht auch darin, dass Angehörige einbezogen worden sind, da das Unrecht auch Folgen für Partner und für die ganze Familie hatte.

"Wissenschaftlich fundiert sehen wir nun, in welch schwieriger materieller, gesundheitlicher und sozialer Situation sich viele betroffene Menschen heute befinden", heißt es im Vorwort Nookes. Nun gelte es, Schlussfolgerungen zu ziehen, Betroffenen besser zu helfen. Es gebe "viele Felder, auf denen die Menschen eine Unterstützung bei der Verbesserung der Lebenssituation benötigen."

Es geht um Menschen, deren Lebenswirklichkeit eher selten im Fokus steht und die sich im Rahmen der Studie an einer Befragung beteiligten, die repräsentativen Charakter hat: Von den 2690 Angeschriebenen hatten 533 mitgemacht, ein hoher Rücklauf.

# 77 Prozent der Befragten hatten Hafterfahrungen, 71 Prozent Überwachung erlebt

Sie füllten einen Fragebogen mit über 80 Fragen aus, was laut Nooke besonders Hochachtung verdient. Denn es hieß, so Nooke, "sich alten belastenden Erinnerungen von Repression und Leid zu stellen, sich an teils komplizierte administrative Verfahren der Rehabilitierung zu erinnern und sich mit ihrer heutigen Lebenssituation auseinanderzusetzen."

Sie bilden ein typisches Spektrum ab. Von den Befragten hatten 77 Prozent Hafterfahrungen, 71 Prozent Überwachung, Verhöre und Zersetzung erlebt, was alles auch Jahrzehnte später belastet, Spätfolgen zeigt.

[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere runderneuerte App, die Sie hier für Apple- und Android-Geräte herunterladen können.]

"Neben körperlichen Folgen (38 Prozent) sind es vor allem psychische Folgen (70 Prozent), die bis heute nachwirken", heißt es. "Vor allem fällt es ihnen schwer, Vertrauen aufzubauen." Im Vergleich zur Bevölkerung im Land Brandenburg sind laut Studie überdurchschnittlich viele Betroffene von politischem Unrecht vor 1989 erwerbsgemindert oder schwerbehindert. Die Thematisierung wäre wichtig für die persönliche Aufarbeitung.



Brandenburgs Diktaturbeauftragte Maria Nooke. © Bernd von Jutrczenka/dpa

Doch jeder dritte Befragte hat laut Umfrage keinen, um über die Erfahrungen sprechen können. Zwei Drittel haben diese Möglichkeit, doch auch da fällt es häufig schwer. "Für 66 Prozent ist es emotional und für 40 Prozent körperlich anstrengend, darüber zu sprechen." Therapeutische Hilfe nehmen derzeit 69 Befragte (16 Prozent) in Anspruch. Ein niedrigschwelliges, wohnortnahes Angebot fachkundiger Traumatherapeuten wäre nach Sicht Betroffener eine gute Unterstützung", so die Studie. "Hilfreich wäre auch die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs um therapeutische Angebote zu erreichen."

Benachteiligung in Job und Ausbildung führten nicht selten dazu, dass Menschen es nach 1990 schwerer hatten Tatsächlich ist die materielle Lebenslage vieler SED-Opfer in Brandenburg signifikant schlecht. Benachteiligung in Job und Ausbildung zu DDR-Zeiten, ob das verweigerte Abitur oder das abgelehnte Studium, führte nach 1990 nicht selten dazu, dass sie es wieder schwerer hatten.

Die Ergebnisse zeigen, "dass das verfügbare Einkommen der Befragten oft sehr prekär ist und deutlich unter dem Durchschnitt der Bevölkerung im Land liegt", so die Sozialstudie. Fast jeder zweite Betroffene – 69 Prozent sind Rentner – lebt an der Grenze der Armutsgefährdung, die in Brandenburg bei einem monatlich verfügbaren Nettoeinkommen von 1135 Euro liegt. 49 Prozent haben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1000 Euro, im Landeschnitt sind das 27 Prozent.

[Was ist los in Brandenburg? Die Potsdamer Neuesten Nachrichten informieren Sie direkt aus der Landeshauptstadt. Mit dem neuen Newsletter Potsdam HEUTE sind Sie besonders nah dran. <u>Hier geht's zur kostenlosen Bestellung.</u>]

Es verwundert nicht, dass die "Betroffenen hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer Gesundheit zu einem Großteil deutlich unzufriedener" sind als die Bevölkerung sonst. Bei der Zufriedenheit mit dem familiären Umfeld, Freunden und den Wohnverhältnissen gibt es keine Unterschiede zu den Brandenburgern sonst.



Eisenhüttenstadt, 25.11.2020

#### **Nachrichten**

Studie zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Datum: 24.11.2020 Rubrik: Nachrichten

Politisches Unrecht wirkt bis heute nach: Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke, übergab am 24. November 2020 eine neue Sozialstudie an die Präsidentin des Landtags Brandenburg, Frau Prof. Dr. Ulrike Liedtke, und stellte sie der Öffentlichkeit vor. Ort war der Landtag Brandenburg, Plenarsaal, Livestreamübertragung.

Neue Studie zu Lebenslagen von Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR politisches Unrecht erlitten

Die Ergebnisse der ersten "Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen und deren Familien, die in der SBZ /DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und im Land Brandenburg wohnen (Sozialstudie)" liegen nunmehr vor.

Der Landtag Brandenburg hatte sich angesichts des Wissensdefizits über die Situation der Betroffenen für eine solche Studie ausgesprochen und die Aufarbeitungsbeauftragte mit deren Umsetzung betraut. Die Untersuchung wurde vom Berliner Institut für Sozialforschung (BIS) in den Jahren 2019/2020 durchgeführt. Die Studie befasst sich mit den heutigen Lebenslagen wie Einkommen, Bildung, Beruf, Gesundheit, den

Repressionserfahrungen in der SBZ/DDR und deren Folgen sowie den Erfahrungen mit Rehabilitierung und Entschädigung im demokratischen Rechtsstaat.

Im Mittelpunkt der Studie stehen Männer und Frauen, die über ihre Unrechtserfahrung berichten und zu ihrer jetzigen Lebenssituation Auskunft geben. Dabei werden erstmalig auch Familienangehörige einbezogen, die oftmals direkt oder indirekt von dem Geschehenen betroffen waren.

Im Rahmen einer quantitativen Untersuchung füllten 533 Personen einen umfangreichen Fragebogen aus. 454 von ihnen sind direkt von Unrecht betroffene Menschen, 79 sind Angehörige.

Wichtige Ergebnisse der Studie sind:

#### 1. Folgen des politischen Unrechts belasten bis heute

Ein großer Teil der Befragten war in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und/oder DDR von freiheitsentziehenden Maßnahmen betroffen (77%). 71 Prozent erlebten Überwachung oder Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit. Der überwiegende Teil der Befragten erfuhr mehr als ein Unrecht (79%). Die damit verbundenen belastenden Erfahrungen haben den weiteren Lebenslauf der meisten nachhaltig beeinflusst. Viele erleben das Unrecht bis heute nicht als vergangen, weil Einschränkungen in vielen Lebensbereichen sie daran erinnern.

# 2. Belastende gesundheitliche und materielle Folgen werden deutlich

Einen schlechten Gesundheitszustand geben 57 Prozent der Befragten an, insbesondere körperliche und psychische Auswirkungen. Deutlich sind auch die schwerwiegenden materiellen Folgen. Das erlebte Unrecht wirkte sich häufig auf die berufliche Laufbahn aus. Verweigerte Bildungschancen oder unterbrochene Erwerbsverläufe führen bis heute zu vermindertem Einkommen. Gesundheitliche Belastungen führen doppelt so häufig zu Erwerbsminderungen wie beim Durchschnitt der gleichaltrigen Brandenburger Bevölkerung.

Fast die Hälfte (46 %) der direkt von Unrecht betroffenen Befragten gibt ein Haushaltsnettoeinkommen von unter1.500 € an. In der Vergleichsgruppe der Brandenburger Bevölkerung sind das mit 21 Prozent nicht einmal halb so viele. 27 Prozent der Befragten haben sogar nur ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 €. Sie

leben damit unter dem Schwellenwert der Armutsgefährdung von derzeit 1.135 €.

#### 3. Anerkennung des Unrechts gelingt nur teilweise

Die Studie hat sich auch mit der Wirkung von Rehabilitierungs- und Entschädigungsregelungen auf die Betroffenen befasst. Die Aufhebung der damaligen Zwangsmaßnahmen bzw. Urteile durch ein heutiges Gericht oder eine Behörde hat für die ehemals Verfolgten eine hohe Bedeutung. Allerdings werden die Unterstützungsleistungen angesichts der häufig schlechten materiellen Lage vielfach als zu gering angesehen. Eine lange Dauer der Rehabilitierungs- und Entschädigungsverfahren beeinträchtigt die Gesundheit der Betroffenen zusätzlich. Der Verfahrensaufwand und geringe Erfolgsaussichten sowie die schwierige soziale Lage hält nicht Wenige von der Beantragung gesundheitlicher Versorgungsleistungen ab.

# 4. Trotz gesundheitlicher Belastungen engagieren sich Betroffene für die Aufarbeitung

Obwohl die Mehrzahl der Befragten ein höheres Alter hat (Durchschnitt 69 Jahre) und die gesundheitlichen Folgen der Repression bis heute gravierend sind, engagieren sich immerhin knapp 20 Prozent der befragten Personen bei der Aufarbeitung, zum Beispiel durch Zeitzeugeninterviews oder Teilnahme an Veranstaltungen von Opferverbänden. Den allermeisten Betroffenen (81 Prozent) ist es sehr wichtig, dass das Unrecht nicht vergessen wird.

# 5. Auch Angehörige sind heute noch vom damaligen Unrecht belastet

Es ist eine Besonderheit der vorliegenden Sozialstudie, dass sie sich nicht nur auf die ehemals politisch Verfolgten, sondern auch auf ihre Angehörigen bezieht. Zwei Drittel der befragten Angehörigen nennen vor allem psychische Folgen. Für gut die Hälfte sind sie heute noch belastend. Meistens waren es die Eltern, die von Verfolgung betroffen waren, in der Mehrheit durch Haft.

Die Aufarbeitungsbeauftragte, Dr. Maria Nooke, sagte bei der Veröffentlichung der Sozialstudie: "Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, wie stark politische Unrechtserfahrungen aus der Zeit vor 1990 bis heute nachwirken. Wir werden betroffene Menschen auch weiterhin aktiv unterstützen und beraten und mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zusammenarbeiten. Die Ergebnisse der Studie sollen Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der

Lebenssituation ehemals politisch Verfolgter und von Systemunrecht betroffener Menschen sein. Dazu bedarf es des Engagements von Politik und Gesellschaft auf allen Ebenen."

Die Studie ist unter <a href="https://aufarbeitung.brandenburg.de/aktuelles/">https://aufarbeitung.brandenburg.de/aktuelles/</a> veröffentlicht.

Foto: pixabay

neues-deutschland.de / 25.11.2020 / Seite 13

# **Arme Opfer des DDR-Systems**

# Sozialstudie belegt auffällig niedrige Einkommen der Betroffenen

Andreas Fritsche



Zwangsjacke als Ausstellungsstück in der Berliner Gedenkstätte Hohenschönhausen

Foto: imago images/ Rolf Kremming

Sie können schlecht schlafen. Es fällt ihnen schwer, zu jemandem Vertrauen zu fassen. Sie haben ein geringes Einkommen. Es lässt sie auch 30 Jahre nach den Wende nicht los, dass ihnen in der sowjetischen Besatzungszone oder in der DDR Unrecht wiederfuhr. Das sind Ergebnisse einer Sozialstudie zur Lebenslage von Opfern der damaligen politischen Verhältnisse, die in Brandenburg leben. »Ich hatte sehr lange Alpträume, die eigentlich erst aufgehört haben, als ich vor drei Jahren die Arbeit in Hohenschönhausen begann«, sagt einer von ihnen. Geholfen habe das in der Berliner Stasi-Gedenkstätte entwickelte Gefühl: »Ich habe den Schlüssel und nicht die Typen in Uniform.«

Erstellt wurde die Studie zwischen März 2019 und September 2020 vom Berliner Institut für

Sozialforschung. Den Auftrag hatte die Stasi-Landesbeauftragte Maria Nooke erteilt. Er geht zurück auf einen Beschluss des Landtags von 2016. Am Dienstag übergab Nooke das 336 Seiten umfassende Papier an Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD).

533 Personen füllten für die Studie einen langen Fragebogen aus. Sie sind zwischen 19 und 91 Jahre alt. Dass auch junge Leute dabei waren, die erst nach der Wende geboren wurden, hat damit zu tun, dass die Wissenschaftler auch die Lage der Angehörigen erforschten, darunter Kinder von Opfern. Welche Langzeitfolgen hatte es für diese, dass die Eltern sich mit ihren Erlebnissen quälen? Als heute noch belastend für die Älteren unter den Kindern wird die Situation beschrieben, einst mit ansehen zu müssen, wie ihr Vater oder ihre Mutter verhaftet wurden.

Es gab bereits 2008 eine ähnliche Sozialstudie für Thüringen, aber nicht in dieser Form und in diesem Umfang. Da sei die neue Studie die erste dieser Art, heißt es. Was die Leiden der Opfer betrifft, gibt es immer Ausnahmen. Einige empfinden ihre Erinnerungen nicht als belastend, einer sagt sogar, die Haftzeit habe ihn reifen lassen. In der einen Familie zerstritten sich Vater und Sohn, weil der Vater in der DDR berufliche Schwierigkeiten bekam, nachdem der Sohn in den Westen flüchtete. In einer anderen Familie stärkte die Verfolgung den Zusammenhalt durch das Gefühl, gemeinsam etwas durchgestanden zu haben. Sieben Prozent der befragten Opfer verfügen heute über ein monatliches Einkommen oberhalb von 3500 Euro, doch 21 Prozent liegen mit weniger als 1000 Euro unterhalb der Armutsschwelle. Die Grenze wird bei

1135 Euro gezogen. Weitere 19 Prozent liegen mit 1000 bis 1500 Euro an der Armutsschwelle oder nur knapp darüber. Während also 46 Prozent der Opfer in einer derart prekären Lage leben, geht das zum Vergleich lediglich 21 Prozent von Brandenburgs Gesamtbevölkerung so.

Für die herrschende Armut gibt es verschiedene Gründe. Sie wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass etlichen Opfern ein Studium oder eine bestimmte Berufsausbildung, die ein höheres Einkommen versprochen hätte, aus politischen Gründen verwehrt worden sei. Andererseits deckt sich das Bildungsniveau mit dem der gesamten Bevölkerung. Einige Opfer haben durchaus studiert und sogar promoviert, ein Teil von ihnen holte höhere Abschlüsse allerdings erst nach der Wende nach.

Die Studie verschweigt nicht, dass die Opfer zusätzlich vielleicht auch deshalb in prekären Verhältnissen leben, weil sie schlicht und einfach Ostdeutsche sind und darum nach der Wende arbeitslos waren oder wenig Lohn erhielten - also gewissermaßen auch Opfer der bundesrepublikanischen Zustände geworden sind.

Wen definiert die Studie als Opfer? Es kann der Kriegsverbrecher sein, der im sowjetischen Speziallager interniert wurde. Es kann der Gutsbesitzer sein, der enteignet, der Fabrikant, dessen Betrieb verstaatlicht wurde. Es kann das Kind sein, dass im Heim lebte, aber auch der zwangsweise aus dem Grenzgebiet Ausgesiedelte und der ungerechtfertigt in die Psychiatrie Eingewiesene. Es kann auch jemand sein, der 1968 Losungen pro Prager Frühling verbreitete. Einer der Befragten erzählt von genau diesem Schicksal. Er saß deswegen drei Monate in Haft. Die DDR-Opfer wehrten sich gegen Bevormundung, sagte die Stasi-Landesbeauftragte Nooke am Dienstag bei der Übergabe der Studie. »Der Preis dafür war hoch.«

Lesen Sie auch: Aufarbeitung aus linker Perspektive - Andreas Fritsche zum Umgang mit Opfern der Verhältnisse in der DDR[1]

Die Studie soll helfen, »die Aufarbeitungsbemühungen im Land Brandenburg zu unterstützen«, so Projektleiterin Eva Schulze. Empfohlen wird etwa, dass Gutachter zu Entschädigungsforderungen sich mit der besonderen Materie besser auskennen.

»Die Untersuchung bietet eine solide Datengrundlage für künftige politische Entscheidungen«, bedankte sich Parlamentspräsidentin Liedtke. Es handele sich um einen wichtigen Schritt in einem langen Prozess der Aufarbeitung, der noch lange nicht abgeschlossen sei.

#### Links:

https://www.neues-deutschland.de/artikel/1144849.ddr-aufarbeitung-aus-linker-perspektive.html

Quelle: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1144859.sozialstudie-arme-opfer-des-ddr-systems.html

≡ Menï⇔ 1,5°				Liveticker > Abo >
Berlin	Bezirke	Berlin-Sport	Tatort	BZ-jobs.de



## Studie: Politisches DDR-Unrecht bei Betroffenen bis heute spürbar

Menschen, die in der DDR politisches Unrecht erfahren haben, leiden laut einer Studie in Brandenburg bis heute unter den Folgen. 57 Prozent der insgesamt 533 Befragten gaben einen schlechten Gesundheitszustand an. Vor allem wurden körperliche und psychische Auswirkungen genannt, wie die Sozialstudie ergab, die die Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Maria Nooke, Landtagschefin Ulrike Liedtke übergab.

#### B.Z. MÄRKTE

B.Z. Immobilien: Wohnungen, Eigentum, Häuser, Gewerbeimmobilien		
B.Z. Gastro: Berlin & Umland genießen, Restaurants, Bars, kulinarische Events	<b>2</b>	
B.Z. Komplett: Tagesaktionen, Wochenangebote, Handel & Service	2	
B.Z. Unterwegs: Reiseangebote und Ferienwohnungen	2	
B.Z. Mobil: Auto & Zweirad Angebote, Gebrauchtwagenbörse	<b>Z</b>	
B.Z. Erleben: Events, Konzerte und Kinoangebote	<b>Z</b>	



### **Spätfolgen**

# Studie: Opfer der SED-Diktatur leiden noch heute

25.11.20, 07:49 Uhr | Von dpa



Der Wachturm auf der Außenmauer der Stasigefängnis-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Foto: Maurizio Gambarini/dpa

Menschen, die in der DDR politisches Unrecht erfahren haben, leiden laut einer Studie in Brandenburg bis heute unter den Folgen. 57 Prozent der insgesamt 533 Befragten gaben einen schlechten Gesundheitszustand an. Vor allem wurden körperliche und psychische Auswirkungen genannt, wie die Sozialstudie ergab, die die Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur,

Auf dieser Website werden Cookies verwendet, um den Nutzern die bestmögliche Nutzung relevanter Inhalte, Informationen und Werbung zu ermöglichen. Sie können dies akzeptieren oder in den Einstellungen anpassen und Cookies auch nachträglich jederzeit abwählen. Nähere Hinweise in der Datenschutzerklärung und Impressum

Akzeptieren

Einstellungen

erlebte Unrecht häufig auf die ber

aus. Verweigerte

Bildungschancen oder unterbrochene Erwerbsverlaufe führten den Angaben zufolge bis heute zu vermindertem Einkommen. 27 Prozent der Befragten gaben ein Nettoeinkommen von unter 1000 Euro monatlich an – damit liegt es unter der derzeit geltenden Armutsrisikogrenze von 1135 Euro.

"Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, wie stark politische Unrechtserfahrungen aus der Zeit vor 1990 bis heute nachwirken", sagte Nooke. "Wir werden betroffene Menschen auch weiterhin aktiv unterstützen und beraten und mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zusammenarbeiten."

### Therapien, Beratungen und finanzielle Unterstützung

Laut der Studie werden Unterstützungsleistungen wegen einer häufig schlechten finanziellen Lage als zu gering angesehen. Eine lange Dauer der Rehabilitierungsund Entschädigungsverfahren beeinträchtige die Gesundheit der Betroffenen zusätzlich. Das halte nicht wenige davon ab, gesundheitliche Versorgungsleistungen zu beantragen.

Die Studie mache deutlich, dass auch 30 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur politisches Unrecht vielfältig nachwirke, sagte die brandenburgische Bundestagsabgeordnete und FDP-Landesvorsitzende Linda Teuteberg. Traumata würden oft von Generation zu Generation weitervererbt. "Die DDR mag seit 30 Jahren Geschichte sein, doch manches Leid dauert fort", betonte Clemens Rostock, der in der Grünen-Fraktion im Landtag für das Thema Aufarbeitung zuständig ist. Nötig sei Solidarität in Form von unbürokratischer Hilfen durch Therapien, Beratungen sowie finanzielle Unterstützung.

Auf dieser Website werden Cookies verwendet, um den Nutzern die bestmögliche Nutzung relevanter Inhalte, Informationen und Werbung zu ermöglichen. Sie können dies akzeptieren oder in den Einstellungen anpassen und Cookies auch nachträglich jederzeit abwählen. Nähere Hinweise in der Datenschutzerklärung und Impressum

Akzeptieren

Einstellungen



#### REGIONALNACHRICHTEN

DIENSTAG, 24. NOVEMBER 2020

**Berlin & Brandenburg** 

Studie: DDR-Unrecht bei Betroffenen bis heute spürbar

Potsdam (dpa/bb) - Menschen, die in der DDR politisches Unrecht erfahren haben, leiden laut einer Studie in Brandenburg bis heute unter den Folgen. 57 Prozent der insgesamt 533 Befragten gaben einen schlechten Gesundheitszustand an. Vor allem wurden körperliche und psychische Auswirkungen genannt, wie die Sozialstudie ergab, die die Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Maria Nooke, am Dienstag Landtagschefin Ulrike Liedtke übergab.

Doch auch materiell seien die damaligen Strapazen - darunter Haft und/oder Überwachung - weiterhin spürbar, heißt es in der Studie weiter. So wirke sich das erlebte Unrecht häufig auf die berufliche Laufbahn aus. Verweigerte Bildungschancen oder unterbrochene Erwerbsverläufe führten den Angaben zufolge bis heute zu vermindertem Einkommen. 27 Prozent der Befragten gaben ein Nettoeinkommen von unter 1000 Euro monatlich an - damit liegt es unter der derzeit geltenden Armutsrisikogrenze von 1135 Euro.

Hot or not: Das sind die zehn angesehensten Nationen der Erde



"Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, wie stark politische Unrechtserfahrungen aus der Zeit vor 1990 bis heute nachwirken", sagte Nooke. "Wir werden betroffene Menschen auch weiterhin aktiv unterstützen und beraten und mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zusammenarbeiten."

Laut der Studie werden Unterstützungsleistungen wegen einer häufig schlechten finanziellen Lage als zu gering angesehen. Eine lange Dauer der Rehabilitierungs- und Entschädigungsverfahren beeinträchtige die Gesundheit der Betroffenen zusätzlich. Das halte nicht wenige davon ab, gesundheitliche Versorgungsleistungen zu beantragen.

Die Studie mache deutlich, dass auch 30 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur politisches Unrecht vielfältig nachwirke, sagte die brandenburgische Bundestagsabgeordnete und FDP-Landesvorsitzende Linda Teuteberg. Traumata würden oft von Generation zu Generation weitervererbt. "Die DDR mag seit 30 Jahren Geschichte sein, doch manches Leid dauert fort", betonte Clemens Rostock, der in der Grünen-Fraktion im Landtag für das Thema Aufarbeitung zuständig ist. Nötig sei Solidarität in Form von unbürokratischer Hilfen durch Therapien, Beratungen sowie finanzielle Unterstützung.





Aktuelles > Brandenburg

## Studie: DDR-Unrecht bei Betroffenen bis heute spürbar

Menschen, die in der DDR politisches Unrecht erfahren haben, leiden laut einer Studie in Brandenburg bis heute unter den Folgen. 57 Prozent der insgesamt 533 Befragten gaben einen schlechten Gesundheitszustand an. Vor allem wurden körperliche und psychische Auswirkungen genannt, wie die Sozialstudie ergab, die die Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Maria Nooke, am Dienstag Landtagschefin Ulrike Liedtke übergab.



Maria Nooke, Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in der DDR, spricht bei einer Pressekonferenz.

Doch auch materiell seien die damaligen Strapazen - darunter Haft und/oder Überwachung - weiterhin spürbar, heißt es in der Studie weiter. So wirke sich das erlebte Unrecht häufig auf die berufliche Laufbahn aus. Verweigerte Bildungschancen oder unterbrochene Erwerbsverläufe führten den Angaben zufolge bis heute zu vermindertem Einkommen. 27 Prozent der Befragten gaben ein Nettoeinkommen von unter 1000 Euro monatlich an - damit liegt es unter der derzeit geltenden Armutsrisikogrenze von 1135 Euro.

«Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, wie stark politische Unrechtserfahrungen aus der Zeit vor 1990 bis heute nachwirken», sagte Nooke. «Wir werden betroffene Menschen auch weiterhin aktiv unterstützen und beraten und mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zusammenarbeiten.»



max

min

-1°C

8°C

**Bedeckt** 

Weitere Aussichten

#### Lifestyle

- Warnung vor vermeintlichen Wundermitteln gegen Corona
- > Lüften im Winter: Wie oft und wie lange?
- > FFP2-Masken unterscheiden sich nach Hersteller
- > Raclette: Zutaten und Rezepte für den Winterklassiker
- Glühwein selber machen
- > Snoozen: Die Schlummertaste und ihre Folgen
- > Plätzchenbacken für Familien: Tipps zur Plätzchensaison
- > Wrangler eröffnet neuen Standort in der Mall of Berlin
- > Drohen nach Corona mehr andere Infektionen?
- > Wie sicher sind Corona-Schnelltests?

#### **Aktuelle Fotos**





Weihnachtsbeleuchtung am Kurfürstendamm



Alba Berli Baskets B



pressmaster Fotolia com

#### Stellenmarkt für Berlin

Der Stellenmarkt von berlin.de -

ANZEIGE

emovis GmbH

#### Covid-19: Studienteilnehmer gesucht

Damit schnellstmöglich ein Impfstoff zur Verfügung steht, werden Teilnehmer für klinische Studien gesucht. Haben Sie Interesse? mehr »

Laut der Studie werden Unterstützungsleistungen wegen einer häufig schlechten finanziellen Lage als zu gering angesehen. Eine lange Dauer der Rehabilitierungs- und Entschädigungsverfahren beeinträchtige die Gesundheit der Betroffenen zusätzlich. Das halte nicht wenige davon ab, gesundheitliche Versorgungsleistungen zu beantragen.

Die Studie mache deutlich, dass auch 30 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur politisches Unrecht vielfältig nachwirke, sagte die brandenburgische Bundestagsabgeordnete und FDP-Landesvorsitzende Linda Teuteberg. Traumata würden oft von Generation zu Generation weitervererbt. «Die DDR mag seit 30 Jahren Geschichte sein, doch manches Leid dauert fort», betonte Clemens Rostock, der in der Grünen-Fraktion im Landtag für das Thema Aufarbeitung zuständig ist. Nötig sei Solidarität in Form von unbürokratischer Hilfen durch Therapien, Beratungen sowie finanzielle Unterstützung.

Quelle: dpa | Aktualisierung: Dienstag, 24. November 2020 17:02 Uhr

#### Weitere Meldungen

- > Bürgermeister: Migrationspolitik verändert Stadtkultur
- > Landtag berät über Ergebnisse der Corona-Beratungen
- ➤ Landesbauernverband: Versorgung mit Brandenburger Produkten
- > Woidke zu Maßnahmen: Kontakte werden weiter eingeschränkt
- > BR Volleys scheiden im Pokal gegen Netzhoppers aus
- > Brandenburg Grüne fordern Verbot von Silvesterfeuerwerk
- Demo gegen Corona-Maßnahmen in Frankfurt (Oder) angemeldet
- > Bündnis legt Beschwerde gegen Urteil zu Paritätsgesetz ein
- > Gewalt an Frauen: Corona zeigt Schwachstellen
- > Tankstelle überfallen: Täter flüchten unerkannt mit Beute
- > 176 Fälle von Afrikanischer Schweinepest in Brandenburg
- > Zwei erste Impfzentren sollen bis Mitte Dezember entstehen
- > Kenia-Koalition will Tablet-Koffer für alle Schulen
- > Flaggen wehen gegen Gewalt an Frauen
- Garnisonkirche: Bund will weitere 4,5 Millionen geben

Finden Sie ihren nächsten Job mit unserem Stellenmarkt, mehr »



#### **Immobiliensuche**

Wohnungen, Häuser. Gewerbeimmobilie

n und mehr in Berlin suchen und finden! mehr »



© Aaron Amat stock.adobe.

#### Berlin.de -**Newsletter**

Tipps für das Wochenende, Kino, Gewinnspiele und Shopping,

kostenlos in Ihr Postfach, mehr »

#### **Beliebte Online-Spiele**

- Mahjong
- > Sudoku
- > Schach
- > Bubbles
- Solitaire



www.enricoverworner.de

#### Weihnachten in Berlin

Die schönsten Weihnachtsmärkte, Events, Konzerte

und Kultur, Geschenkideen und viele Tipps für ein besinnliches Fest in Berlin. mehr »



Klicker/pixeli o.de

#### **Restaurant-Guide** Berlin

**Berliner** Restaurants, Bars und Cafés sortiert

nach Bezirken, Küchenstilen und Restaurant-Typ. mehr »

ANZEIGE

#### Empfehlungen

Stadtführung - Museumsinsel und Berliner Schloss



Pressemitteilung | 24.11.20

Sozialstudie: Solidarität für Betroffene

Heute übergibt die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD), Dr. Maria Nooke, im Landtag die "Studie zur aktuellen Lebenslagen von Menschen und deren Familien, die in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und im Land Brandenburg leben" (Sozialstudie).

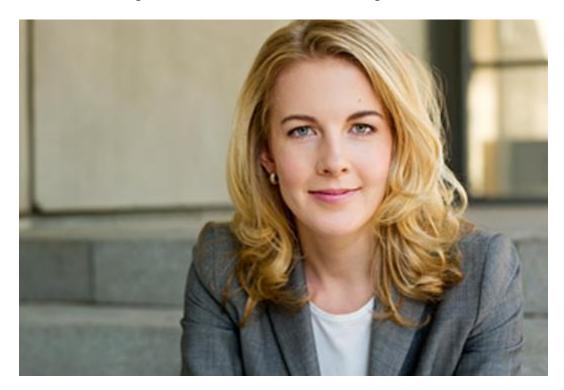
Dazu erklärt der aufarbeitungspolitische Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Clemens Rostock:

"Die DDR mag seit 30 Jahren Geschichte sein, doch manches Leid dauert fort. Viele der Befragten leben in prekären Einkommenssituationen oder kämpfen mit gesundheitlichen Folgen. Die Betroffenen benötigen unsere Solidarität in Form von unbürokratischer Hilfen in Form von Therapien, Beratung und auch finanzieller Unterstützung in besonderen Problemlagen. Denn eines zeigt die Studie auch: Erhalten die Betroffenen keine solche Hilfen, setzt sich zum einen das Leiden fort und wird zum anderen auch der Glaube in Demokratie und Rechtsstaat untergraben."

#### Hintergrund:

In der Studie wurden die heutigen Lebensverhältnisse von ehemals politisch Verfolgten untersucht. Den Impuls dafür gab der Landtag mit seiner Beschlussempfehlung "Aufarbeitung bleibt politischer Auftrag - Handlungsempfehlungen der Enquete- Kommission 5/1 weiter konsequent umsetzen" vom 21. Januar 2016. Die Sozialstudie wurde in den Jahren 2019/2020 vom Berliner Institut für Sozialforschung erarbeitet.

#### Pressemitteilung der FDP-Fraktion Brandenburg



Linda Teuteberg

#### Einsatz gegen Vergessen

#### 24. November 2020 - Pressemitteilung

Potsdam, 24.11.2020

Zur heutigen Übergabe der Sozialstudie zu Lebenslagen von Opfern der SED-Diktatur an die brandenburgische Landtagspräsidentin erklärt die brandenburgische Bundestagsabgeordnete und FDP-Landesvorsitzende Linda Teuteberg MdB:

"Die Studie geht auf eine Empfehlung der Enquete-Kommission zurück, die auch durch die FDP-Fraktion im fünften brandenburgischen Landtag ins Leben gerufen wurde. Sie macht deutlich: Auch 30 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur wirkt politisches Unrecht vielfältig nach.

Die Opfer politischer Verfolgung durch Haft und andere Repressalien wie z.B. sogenannte "Zersetzungsmaßnahmen" leiden auch heute noch an gesundheitlichen Schäden. Zudem leben sie überdurchschnittlich häufig in

wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Des Weiteren werden Traumata oft von Generation zu Generation weitervererbt.

Antragstellungen auf Rehabilitierung und Renten dauern oft zu lang. Insbesondere die Anerkennungsverfahren für die Beschädigtenversorgung und die damit verbundenen Begutachtungen werden oft als belastend empfunden. Wir fordern die Landesregierung auf, die Verfahren möglichst zügig und die Hürden bei der Antragstellung möglichst niedrig zu gestalten. Es braucht mehr und bessere Beratung.

Ein weiterer wichtiger Befund: Die Betroffenen treibt die Sorge um, dass das ihnen widerfahrene Unrecht und Leid öffentlich vergessen wird. Wir müssen das Wissen um die SED-Diktatur und das von ihr verursachte Leid besser präsent halten. Der Einsatz gegen Vergessen und für ein waches kollektives Gedächtnis ist ein Einsatz für Demokratie und Menschenrechte."



## CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg •

@cdufraktionbrandenbur g

#### Startseite

Info

Fotos

Videos

Beiträge

Veranstaltungen

Community

Seite erstellen



#### Beitrage



Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Berliner Institut für Sozialforschung GmbH

#### Sozialstudie

Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ / DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und deren mitbetroffenen Familien





Barbara Richstein ♥ ist hier: Landtag Brandenburg. 16 Std. · Potsdam · •

Maria Nooke übergab heute an die Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke die #Sozialstudie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und deren mitbetroffenen Familien. Die Studie zeigt, dass #Unrecht nicht verjährt und die Folgen noch heute spürbar sind. Wir dürfen die #Opfer nicht vergessen!

https://aufarbeitung.brandenburg.de/.../Sozialstudie LAkD BIS...